Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1916 Nr. 284 — für Anhalt und Thüringen. — Jahrgang 209

Bezugspreis für Halle und Vororte 3 Mk. Durch die Post bezogen 3.35 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.09 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Jllustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt)

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und allen bekannten Annoncen-Expeditionen

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62 Fernruf 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 und 5609 Hauptschriftleiter: i. V.: Dr. Mätzold, Halle (Saale)

Dienstag, 20. Juni 1916

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Russische Angriffe in Wolhynien abgeschlagen

Ein französisches Wachtboot vor Le Havre versenkt

Le Havre, 19. Juni. (Agence Havas.) Das Wachtboot „St. Jacque" ist gesunken. Von den 16 Mann der Besatzung werden neun vermißt. Sieben wurden in schwerverletztem Zustande von Fischerbooten geborgen.

Bern, 19. Juni. Pariser Blätter enthalten eine Havasmeldung, daß in San Remo die Besatzungen eines englischen Dampfers und zweier italienischer Segelschiffe landeten, die im Mittelmeere von einem Unterseeboot versenkt wurden.

Ein englisches U-Boot vor der schwedischen Küste

Falkenberg (Schweden), 19. Juni. Das Blatt „Falkenbergs Posten" erfährt, daß der deutsche Dampfer „Ems" aus Hamburg, der sich auf der Reise von Kristiania nach Lübeck befand, heute früh nördlich von Falkenberg anderthalb Seemeilen von der Küste versenkt wurde, wahrscheinlich von einem britischen Unterseeboot. Nachdem ein Warnungsschuß gegen den Dampfer abgeschossen war, hielt dieser an und die Besatzung verließ das Schiff und ruderte an Land. Während dessen schoß das Unterseeboot etwa 40 Granaten gegen den Dampfer, der sich auf die Seite legte und zu sinken begann. Einige Geschosse des Unbootes fielen an Land. Man sah dann einen zweiten Dampfer sich der Stelle nähern. Der letzte Schuß des Unterseebootes gegen die „Ems" zersplitterte die Kommandobrücke. Ein schwedisches Torpedoboot, das den Wachtdienst auf dieser Strecke ausführt, war unterdessen angelangt, ging in voller Fahrt zwischen den zuletzt angelangten Dampfer und das Unterseeboot und gab einen Warnungsschuß ab, worauf das Unterseeboot verschwand.

Der deutsche Gegenstoß

Vom wolhynischen Kriegsschauplatz meldet Hans Kaiser der „B. Z.":

Bei den im wolhynischen Kampfgebiet angesetzten deutschen Truppen herrscht eine zuversichtliche Stimmung. Die russische Offensive ist nicht nur zum Stehen gebracht, so daß sich die Russen in schnell ausgehobenen Stellungen zu verschanzen beginnen, unsere Truppen sind bereits im unbedingten Vorgehen begriffen. Am Oberlauf des Stochod haben sie bereits Raum gewonnen. Wegen des sehr schwierigen Sumpfgeländes, welches durch die letzten Regengüsse fast unpassierbar ist, geht der Vormarsch nur langsam vor sich. Aus der Defensive sind wir in die Offensive übergegangen. Die Russen wehren sich verzweifelt. Selbst ihre Kerntruppen, wie die Schützendivisionen, die uns gegenüberstanden, halten den zäh einsetzenden Vormarsch der deutschen Truppen nicht aus.

Der russische Heeresbericht

Petersburg, 19. Juni. Amtlicher Bericht vom 18. Juni:

Westfront: An der Front der Armee des Generals Brussilow leistete der Feind heftigen Widerstand und machte an einigen Stellen Gegenangriffe, die von unseren Truppen sämtlich mit Erfolg abgewiesen wurden. Wir machten an verschiedenen Stellen weitere Fortschritte. Wir machten Gefangene und Beute. Gestern nachmittag 4 Uhr nahmen die Truppen des Generals Letschitzki den Brückenkopf von Czernowitz auf dem linken Ufer des Pruth. Nach einem heftigen Gefecht beim Uebergang über den Pruth, dessen Brücken der Feind gesprengt hatte, nahmen wir Czernowitz. Unsere Truppen verfolgen den Feind, der auf die Karpathen zurückgeht. Bei der Einnahme des Brückenkopfes machten wir mehr als 1000 Gefangene und erbeuteten Geschütze in der Stadt. Die Truppen des Generals Kaledin wiesen die erbitterten Gegenangriffe der Feinde, auch von Deutschen, die sogar von der französischen Grenze herangezogen wurden, ab. In der Umgegend des Dorfes Hodenicze am Styr wird heftig gekämpft. Die deutschen und österreichischen Gefangenen werden in langen Zügen zurückgebracht. Bisher sind 70 Offiziere und 2000 Soldaten, sowie 8 Maschinengewehre angekommen. Die Deutschen griffen mit großer Hartnäckigkeit das Dorf Swidniki auf dem nördlichen Ufer des Stochod an, welches wir ihnen weggenommen hatten. Wir wiesen die feindlichen Angriffe ungeachtet des Feuers aus einem Panzerzug ab. Kosaken eines Regiments griffen unter dem Befehl des Chefes Smirnow zweimal den Feind von der Flanke an, der zum Angriff vorging. Sie machten zwei Offiziere und eine Anzahl deutsche Soldaten zu Gefangenen, nahmen fünf Maschinengewehre weg und machten eine große Anzahl Deutscher nieder. Die anderen wurden in Unordnung zurückgeworfen. Nach vorliegenden ergänzenden Meldungen brachten die Truppen des Generals Kaledin im Laufe der Gefechte in der Zeit vom 5. bis 17. Juni an Gefangenen 1500 Offiziere, 10 Regimentskädcke und 70 000 Soldaten ein, und erbeuteten 85 Geschütze, 238 Maschinengewehre und eine große Menge Kriegsmaterial. Auf dem rechten Ufer der Strypa nördlich Buczacz ging der Feind zum Angriff vor, wurde jedoch durch unser konzentrisches Feuer in seine Gräben zurückgeworfen.

Nordwestfront: Nördlich des Waldgebietes und an der Dünafront fanden in verschiedenen Abschnitten heftige Artilleriekämpfe statt. Unsere Artillerie fügte dem Feinde in seinen Gräben und bei seinen Arbeiten in den Stellungen großen Schaden zu.

Kaukasusfront: Lage unverändert.

Russische Angriffe abgeschlagen — Schwere Verluste der Russen

Zahlreiche Vorstöße der Italiener abgewiesen — Ueber 700 Gefangene gemacht, 7 Maschinengewehre erbeutet

Wien, 19. Juni. Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz

In der nördlichen Bukowina und in Ostgalizien keine besonderen Ereignisse.

Nordöstlich von Lupuszno griff der Feind mit großer Ueberlegenheit unsere Stellungen an. Das bewährte Infanterie-Regiment Nr. 44 schlug, unterstützt von vortrefflicher Artilleriewirkung, die neun Glieder tiefen Sturmkolonnen ohne Einsatz von Reserven zurück. Der Feind erlitt schwere Verluste. Auch ein in diesem Raume versuchter Nachtangriff scheiterte. — Bei Gorochow und Lokaczy wiesen wir starke russische Gegenangriffe ab. — Im oberen Stochod wurde Raum gewonnen.

Italienischer Kriegsschauplatz

Gestern abend wiederholte sich das sehr heftige Feuer der Italiener gegen unsere Stellungen zwischen dem Meere und dem Monte Dei sei Busi. Ein Versuch des Feindes, bei Selz vorzugehen, wurde sofort vereitelt.

Im Nordabschnitt der Hochfläche von Doberdo kam es zu lebhaften Minenwerfer- und Handgranatenkämpfen. An der Dolomitenfront scheiterte ein feindlicher Nachtangriff bei Rufreddo. — An der Front zwischen Brenta und Asiago wiesen unsere Truppen wieder zahlreiche Vorstöße der Italiener, darunter einen starken Angriff nördlich vom Monte Meletta ab. Südlich des Busibollo wurde der nächste Höhenrücken erobert. Drei feindliche Gegenstöße mißlangen. In diesem Kampfe wurden über 700 Italiener, darunter 25 Offiziere gefangen genommen, sieben Maschinengewehre und ein Minenwerfer erbeutet.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

An der unteren Vojusa in den letzten Tagen Geschützkämpfe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die Neubildung des italienischen Kabinetts

Rom, 19. Juni. (Agenzia Stefani.) Der König unterzeichnete heute das Dekret zur Neubildung des Kabinetts, das sich wie bereits gemeldet zusammensetzt. Außerdem kommen als weitere Minister ohne Portefeuille Bianchi und Schiaiola hinzu. Die Minister leisteten heute vormittag vor dem Könige den Eid.

Rom, 19. Juni. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret des Reichsverwesers, durch welches weitere 400 Millionen Lire für Kriegszwecke ausgeworfen werden.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz und die Neutralen

Genf, 19. Juni. Das „Journal de Genève" schreibt zur Pariser Wirtschaftskonferenz: Man kann sich einer gewissen Besorgnis nicht enthalten, wenn man vernimmt, daß einer der Teilnehmer erklärt haben soll, daß das Ergebnis der Konferenz den Neutralen verständlich machen wird, daß ihre eigene Sicherheit es gebiete, sich unter Zurückweisung jeden Bündnisses mit den Mittelmächten den Alliierten anzuschließen. Darin steckt eine Auffassung von Neutralität, die uns zu denken geben muß. Man darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie auf der Pariser Konferenz nicht durchgedrungen ist.

Amerikanische Kriegsschiffe gegen Mexiko

Washington, 19. Juni. (Reuter). Gleichzeitig mit der Mobilisierung der Miliz für den Dienst an der mexikanischen Grenze hat das Marinedepartement weitere Kriegsschiffe zum Schutz der Amerikaner nach den beiden mexikanischen Küsten geschickt.

Ausstand spanischer Handelsschiffbesatzungen

Bern, 19. Juni. Einer Meldung des „Petit Journal" aus Madrid zufolge sind die Besatzungen der Handelsschiffe in Barcelona Gijon, Bilbao, Huelven und Valencia in den Ausstand getreten.

Zur Lösung des deutschen Wirtschaftsproblems

Von Amtsrichter Behring, Bargteheide in Holstein

Die nachfolgenden Anregungen des geschätzten Herrn Verfassers erscheinen uns beachtlich genug, um sie der öffentlichen Erörterung zu unterbreiten, wobei wir uns jedoch die Freiheit unserer Stellung in diesen verwickelten Fragen wahren. Schriftl.

I.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß unsere kriegswirtschaftlichen Maßnahmen zu einem großen Teil in der Hauptsache versagt haben, nicht in dem Sinne, daß sie unser „Durchhalten" unmöglich gemacht hätten, wohl aber vom Standpunkt der staatlichen Autorität und Ordnung aus. Gewiß haben uns die getroffenen Maßnahmen vor dem Schlimmsten bewahrt — das muß trotz alledem rückhaltlos anerkannt werden —, aber sie haben auch eine riesige Kraftverschwendung, eine unnötige Verteuerung und eine sehr schädliche Erregung und Verstimmung zur Folge gehabt. Angesichts dieser Sachlage hat Herr Oekonomierat Dr. Hoesch-Neukirchen kürzlich im „Tag" mit Recht in richtunggebender Weise hervorgehoben: „Es geht nicht länger an, daß wir in der ernstesten Zeit, die nur ein Land erleben kann, und argwöhnend und mißtrauisch hier im Inlande gegenüber stehen. Wir müssen einander verstehen wollen ... Hier liegt eine Irrung vor, die wir in offener Aussprache und im gegenseitigen Vertrauen zu überwinden haben .... Nur so wird eine aussichtsvolle Arbeitsgemeinschaft unserer schwer bedrängten Nation wieder zu Nutz und Frommen aller hergestellt werden können, eine Gemeinschaft, die uns auch über den Krieg hinaus zur Ueberwindung unserer sehr ernsten wirtschaftlichen und handelspolitischen Aufgaben besser geeint finden wird, als dies zurzeit auf diesem Gebiete der Fall ist." Dies alles bezeichnet aber nur das Ziel. Welches ist nun das wirklich wirksame Mittel zur Erreichung dieses Zieles? Dieses Mittel zu finden, ist nicht nur das Gebot der Stunde, sondern auch die Forderung der Zukunft.

An dem guten Willen und dem gewissenhaften Streben der zur praktischen und theoretischen Lösung des Problems berufenen Männer hat es nicht gefehlt, auch ist im Lande tüchtig mitgeholfen worden, und die Befugnisse, das Gewollte zu erzwingen, und der hierzu in Gang gesetzte Verwaltungsapparat sind niemals größer gewesen als jetzt unter dem Kriegsrecht. Wenn trotzdem das Gewollte zum größten Teil nicht erreicht ist, dann muß der Grund tiefer liegen. Wenn jetzt ein führender Mann von der Bühne abtritt oder eine Organisation versagt, dann heißt es: „Das Gebiet ihrer Tätigkeit war ihnen zu neu und zu fremd, sie hatten mit zu großen Schwierigkeiten und Widerständen zu kämpfen usw." Das gibt allerdings die Erklärung, wenn auch nicht die Entschuldigung des Mißerfolges. Die Schwierigkeiten sind in der Tat auf die bisherige Weise nicht zu überwinden. Die zur Mitwirkung berufenen Stellen sind zweifellos vor eine in den meisten Fällen so gut wie unmögliche Aufgabe gestellt. Mit eigenen Augen können sie nur wenig sehen und dabei läuft bei der Undurchsichtigkeit des Ganzen wie bei allem Menschlichen noch viel Irrtum unter. Sie sind in der Hauptsache angewiesen auf Berichte, gutachtliche Aeußerungen, Schätzungen, Erklärungen und vor allem auf recht viel guten Willen, wobei auch wieder Irrtum, Einbildung, ja Täuschung eine große Rolle spielen. Es fehlt allen diesen Stellen der klare Ueberblick über die vielen verschlungenen und geheimen Zusammenhänge unseres modernen Wirtschaftslebens, die Möglichkeit, sich selbst auf sicherer, objektiver Grundlage ein eigenes Urteil zu bilden. Was insbesondere die sachverständigen Berater in Nichtproduktionsfragen anlangt, so sind sie, wie die Dinge einmal liegen, nicht in der Lage, alle Verhältnisse in maßgebender Weise zu überblicken, zumal als Privatleute; sie sind eben, sozusagen, nur Menschen. Es mag sein, daß die jetzt geplante Zusammenfassung und Vereinheitlichung aller Kräfte und Mittel sehr nützlich sein wird; eine durchdreifende Besserung wird aber auch davon nicht zu erwarten sein, wenigstens nicht über den Krieg hinaus. Diese kann vielmehr nur durch eine vollkommene und systematische Offenlegung und Klarstellung aller zur Beurteilung notwendigen tatsächlichen Verhältnisse erreicht werden. Der Nachdruck liegt dabei auf „vollkommen" und „systematisch". Ansätze zu einer Offenlegung sind auch jetzt schon vorhanden, aber sie genügen nicht. Da das richtige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage der bestimmende Faktor ist, muß die Offenlegung und Klarstellung sich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191606202-16/fragment/page=0001

gerade hierauf beziehen. Ohne Klarstellung keine Klarheit! Wenn man im Dunkeln tappt, nützt weder staatsmännische Begabung noch Organisationstalent, noch Energie und Initiative etwas. Alle für den Massenverbrauch in Frage kommenden Lebensmittel, Futtermittel und Bedarfsartikel müssen von ihrer Entstehung bezw. Einführung an bis zu ihrem endgültigen Verbrauch in möglichst einfacher und übersichtlicher Weise in bezug auf Menge, Preis usw. statistisch festgehalten werden und jederzeit in bezug auf ihre sonstige Bedeutung für den Wirtschaftsmarkt zu überselhen sein.

Diesem Zweck würden im einzelnen etwa folgende Maßnahmen dienen:

1. Es haben regelmäßige und systematische Bestandsaufnahmen stattzufinden, die sich auch darauf zu erstrecken haben, wieviel Ware demnächst marktfähig werden wird. Der Nachdruck liegt dabei auf „regelmäßig" und „systematisch".
2. Der Produzent hat im Rahmen des Möglichen und Notwendigen (z. B. hinsichtlich des Viehs) jeden gewerbsmäßigen Verkauf unter Angabe von Preis, Menge bezw. Gewicht, Beschaffenheit, Alter und ähnlichem unverzüglich dem Gemeindevorstand anzuzeigen. Der Gemeindevorstand hat alle bei ihm eingegangenen Anzeigen in bestimmten Zeiträumen dem Landrat bezw. in den größeren Städten dem Regierungspräsidenten vorzulegen. Letztere sichten und vereinfachen das Material, worauf es ebenso wie das zu 1 entstandene Material schließlich dem zu bildenden Reichswirtschaftsamt zugeht. Die Landräte pp. geben in Verbindung hiermit regelmäßige Marktberichte heraus.
3. Bei gewissen Artikeln (z. B. Vieh) ist, um dem Verkäufer den Absatz und dem Käufer die Aufsuchung zu erleichtern, jeder Besitzer verpflichtet, die bei ihm zum Verkauf stehende Ware dem Gemeindevorstand nachzuweisen, welcher darüber Auskunft gibt. Dieser Warennachweis ist dem Bedürfnis entsprechend und in großzügiger Weise auszubauen.
4. Jeder gewerbsmäßige Weiterverkäufer hat Herkunft, sowie Ein- und Verkaufspreis der Ware zu buchen und ihren Verbleib fortlaufend nachzuweisen. Das hierdurch gewonnene Material ist gleichfalls dem Reichswirtschaftsamt zuzuführen.
5. Entsprechendes gilt hinsichtlich Ein- und Ausfuhr in diesen Artikeln.
6. Außerdem hat jeder Produzent und jeder Weiterverkäufer über alle seine Aufwendungen usw. Buch zu führen und auf Verlangen jederzeit über alle, seine Preisforderung usw. bedingenden Verhältnisse Auskunft zu geben. Von der Buchführung kann jedoch der Produzent, dessen Betrieb einen gewissen Umfang nicht überschreitet, befreit werden.
7. Das Reichswirtschaftsamt als Zentralinstanz bearbeitet das ganze Material endgültig, stellt, soweit erforderlich, zwecks völliger Aufklärung weitere Erhebungen an und veröffentlicht das Ergebnis regelmäßig und außerdem in jedem Bedarfsfalle in umfassender allgemein verständlicher Weise.
8. Die den Gemeinden pp. erwachsenden Kosten sind zu erstatten und eventuell durch geringe Beiträge der Interessenten aufzubringen.

Zweck des ganzen Verfahrens ist — und danach richtet sich auch die Ausgestaltung im einzelnen — jederzeit zu wissen:

1. welche Bestände im Lande sind,
2. wieviel Ware bis zu einem gewissen Zeitpunkt voraussichtlich auf den Markt kommen wird,
3. welche Warenmenge in einem bestimmten Bezirk und innerhalb eines bestimmten Zeitraumes tatsächlich verbraucht worden ist,
4. in welchem Umfange ein Ueberangebot vorliegt oder die Nachfrage nicht zu befriedigen ist,
5. welchen Weg die Ware vom Produzenten bezw. Importeur bis zum Verbraucher genommen hat,
6. wie sich der vom Verbraucher bezahlte Preis auf den Produzenten und die einzelnen Zwischenstellen verteilt.

Alle diese Punkte sollen auf unbedingt zuverlässige und unparteiische Weise derart geklärt werden, daß sowohl Produktion und Handel ihre Maßnahmen danach treffen können als auch das konsumierende Publikum sich jederzeit ein eigenes Urteil über die die Allgemeinheit interessierenden Verhältnisse des Wirtschaftslebens bilden kann. Die Behörden sollen grundsätzlich nur insoweit mitwirken, als es zur Erreichung des angegebenen Zweckes nötig ist. Jeglicher Eingriff des Staates in die freie Entwicklung des Wirtschaftslebens durch Anordnung von Beschlagnahmen und Verkaufsbeschränkungen, Festsetzung von Höchstpreisen usw. soll grundsätzlich ausgeschlossen sein. Die Allgemeinheit und Oeffentlichkeit soll eigener Richter sein, aber auch — und das ist der springende Punkt — zum richtigen Urteilen fähig sein, und durch die ständige Kontrolle soll allen beteiligten Faktoren des Wirtschaftslebens das Gewissen geschärft werden. Interessen, die die Oeffentlichkeit zu scheuen haben, können bei der wichtigen Angelegenheit, um die es sich hier handelt, auf Rücksichtnahme keinen Anspruch erheben. Es muß erwartet werden, daß sich unter diesem heilsamen Druck das Wirtschaftsleben in vernünftiger Weise von selbst regulieren wird, vor allem auch in der Richtung, daß der Weg vom Produzenten bis zum Konsumenten möglichst vereinfacht und verbilligt wird. Der bloße Hinweis auf das greifbare, hohe Ziel dürfte die betroffenen Kreise anspornen, alle Mühen und Unbequemlichkeiten willig auf sich zu nehmen. Nur soweit Produktion und Handel versagen, muß die Zentralinstanz anregend, fördernd und ausgleichend eingreifen bezw. mit Hilfe der verfassungsmäßig zuständigen Stellen das Weitere veranlassen. Zwang soll aber nur das letzte Hilfsmittel sein und nur unter bestimmten, gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen und unter sorgsamer Beachtung der gesunden Grundlagen unserer Volkswirtschaft und unseres Handelswesens anwendbar sein. Durch die Existenz des Reichswirtschaftsamtes soll die Stellung der Regierung in keiner Weise beeinträchtigt, vielmehr nur gesichert und gestützt werden, und es wird nicht daran gedacht, die verfassungsmäßigen Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten irgendwie auszuschalten.

Planmäßige Förderung der Produktion, weise Schonung der Bestände, gerechte Verteilung der Marktwaren, Verhinderung jeder künstlichen Beeinflussung der Marktlage (durch Verschleierung, Zurückhaltung, Abstoßung in's Ausland usw.) muß bei allem das Hauptziel sein. Vor allem muß die große Lehre der Kriegszeit, daß ohne genügenden Anreiz und ohne die nötige Sicherheit für die Produktion alles Reglementieren nichts nützt, in die Tat umgesetzt werden.

Zum Ableben des Generalobersten v. Moltke

Der Nachruf des Generalstabschefs v. Falkenhayn

Berlin, 19. Juni. Der Chef des Generalstabes des Feldheeres v. Falkenhayn widmet dem verstorbenen Generalobersten Hellmuth v. Moltke folgenden Nachruf:

Würdig der stolzen Ueberlieferung seines Namens waltete er des hohen Amtes, das ihm der Kaiserliche Herr vor 10 Jahren anvertraut hatte, in vollster Treue. Es gibt keinen Führer im deutschen Heere, der ihm nicht Belehrung und Anregung verdankt, und es gibt keinen Generalstabsoffizier, der nicht durch seine Schule ging. Er war der Berater des Obersten Kriegsherrn bei der Bereitstellung der deutschen Streitkräfte und bei ihrem glorreichen Siegeslauf im Jahre 1914. Als eine schwere Krankheit ihn zwang, in die Heimat zurückzukehren, war er bis zum letzten Atemzuge für den Generalstab tätig. Das Andenken an den edlen Menschen und gütigen Vorgesetzten wird in unserem Herzen nie verlöschen. Seine Taten und sein Wirken sind für ewig in die Tafeln der Geschichte eingegraben.

Die Trauerfeier für den verstorbenen Generaloberst v. Moltke findet am Mittwoch, den 21. Juni, um 2 Uhr nachmittags, von der Evangelischen Kirche des Invalidenhauses, Scharnhorststraße, aus statt. Daran anschließend ist die Beisetzung auf den Invalidenfriedhof.

Berlin, 19. Juni. Bei der Gattin des verstorbenen Generalobersten von Moltke liefen noch nachstehende Telegramme ein:

Euer Exzellenz bitte ich den Ausdruck herzlichster Teilnahme tiefbewegt senden zu dürfen, Gott segne den teuren Entschlafenen, sein seinem Frieden! Ich habe in ihm einen treuen Kameraden verloren.

Feldmarschall von Hindenburg.

Die Nachricht von dem Tode Seiner Exzellenz, die mir soeben zugeht, bewegt mich tief. In Freud und Leid ein treuer Verehrer des Generalobersten, trauere ich mit Ihnen um den Verstorbenen, der mir stets so wohl gesonnen war.

Ludendorff.

Weitere Beileidstelegramme sandten: König von Sachsen, Königin von Schweden, Großherzog von Hessen, Herzog von Sachsen-Meiningen, Fürst Wilhelm von Hohenzollern, Herzogpaar Johann Albrecht von Mecklenburg, Fürst Bülow, Generalfeldmarschall von Bülow, Generaloberst Graf Bothmer, der Stellvertretende Preußische Kriegsminister, Sächsische Kriegsminister, Staatssekretär Helfferich, Staatsminister von Schorlemer, von Loebell, Lentze, k. und k. Kriegsminister Freiherr von Krobatin.

Ihre Majestät die Kaiserin weilten heute nachmittag eine halbe Stunde im Trauerhause.

Das blockierte Griechenland

Bern, 19. Juni. Nach einer Meldung des „Secolo" aus Athen haben die englischen Truppen die Insel Eules bei Kreta besetzt.

Die wirtschaftliche Blockade dauert an. Die italienischen Behörden haben den Abzug von 2000 für Griechenland bestimmten Tonnen Schwefel verhindert. Zwei nach Athen gesandte große Dampfer wurden dort zurückgehalten. In zuständigen griechischen Kreisen befürchtet man, daß infolge des Schwefelmangels die Herstellung getrockneter Trauben fraglich ist. Da Transportmittel in Griechenland fehlen, kann die Demobilisierung vorerst nicht in dem geplanten Umfange stattfinden. Die Franzosen und Engländer wünschen die allgemeine Demobilmachung. Griechenlands ministerielle Kreise erklären, daß sie gegenüber den Forderungen des Vierverbandes zum Widerstand entschlossen sind.

London, 19. Juni. „Daily Mail" meldet aus Athen: Khallis ermächtigte zu der Erklärung, daß die griechische Regierung nicht beabsichtige, dem Druck der Verbündeten nachzugeben.

Athen, 19. Juni. Man spricht viel von englisch-französischen Streitigkeiten in der diplomatischen Verhandlung der Blockade-Angelegenheit. Die Engländer, von Venizelos gewarnt, scheinen jetzt vorsichtiger in der Einschätzung der Nachgiebigkeit Griechenlands zu sein. Die Polizei hat jetzt die Attentäter, die das erfolglose Bombenattentat gegen den bulgarischen Gesandten verübten, ausfindig gemacht. Es sind vier Leute aus Korfu, die dafür 20 000 Drachmen erhalten hatten.

Paris, 19. Juni. Wie der „Matin" aus Athen meldet, hat am Sonntag die Entlassung der demobil gemachten Truppen in Athen begonnen.

Luftkämpfe an der Balkanfront

Amsterdam, 19. Juni. Einem hiesigen Blatte zufolge meldet die „Times" aus Saloniki, daß die Flieger der beiden Parteien wieder sehr tätig waren. Die feindlichen Flieger belegten die beiden Ufer des Wardar mit Bomben, während die Flieger der Alliierten Bomben auf Monastir, Köprülü, Petrick und Doiran warfen. Britische Flieger unternehmen beinahe täglich von Thessalos aus Angriffe auf bulgarisches Gebiet bei Xanthi und Porto Lagos. Sie haben auch ein großes feindliches Lager an der Mesta mit Bomben belegt und große Brände verursacht.

Haig meldet . . .

London, 19. Juni. Heeresbericht. Gestern große Fliegertätigkeit infolge besserer Witterung. Zu bemerken war ein Anwachsen der feindlichen Luftätigkeit. Ein englisches Flugzeug griff zwei davon an und zwang sie, in den feindlichen Linien niederzugehen. Es fanden zusammen 30 Luftgefechte statt, aber ohne entsprechenden Erfolg. Im übrigen herrschte in allen 24 Stunden Ruhe.

Wieder Posträuberei

Kopenhagen, 19. Juni. Die dänische Generalpostdirektion teilt mit, daß die Engländer in Kirkwall von dem norwegischen Dampfer „Kristianiafjord" 32 Postsäcke, die von Amerika nach Dänemark bestimmt waren, beschlagnahmt haben.

Großadmiral v. Köster und der U-Boot-Handelskrieg

Aus der Eröffnungsrede des Großadmirals v. Köster in der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins möchten wir die auf den Tauchbootkrieg bezügliche Stelle in einer ausführlichen Wiedergabe nachträglich noch bringen, weil der uns gestern zur Verfügung stehende offiziöse Wolff-Bericht an dieser Stelle wieder sehr zu wünschen übrig ließ. Großadmiral v. Köster führte u. a. aus:

Für die Störung des fremdländischen Handels kommt wesentlich das Unterseeboot in Betracht. Als unsere U-Boote ihre Tätigkeit aufnahmen, verfolgte das englische Volk zunächst vom sportlichen Standpunkt aus die Sache. Als aber der Mangel an Schiffräumen sich immer mehr geltend machte, die Frachten stiegen, da sah man den strategischen und politischen Zweck dieser Waffe ein. Selbst Engländer behaupten jetzt, daß sie in stetiger Zunahme eine Krankheit bedeute, die England zum Tode führen müsse. In einem Vortrage über Nahrungsmittelzufuhr sprach sich das Parlamentsmitglied Ch. Bathurst dahin aus, daß England nur mit genauer Mühe und großer Not der Aushungerungentronnen sei. (Hört! hört!) Als die Verbandsmächte den Vorschlag der Vereinigten Staaten, alle Handelsdampfer zu entwaffnen, zurückwiesen, raubten sie tatsächlich unseren U-Botskommandanten die Möglichkeit, die ihnen in ritterlicher Gesinnung sympathische Schonung der Mannschaften der zu torpedierenden Schiffe zur Durchführung zu bringen, da in der Feststellung der Bewaffnung das Gefahrsmoment für das U-Boot liegt. Gerechterweise muß deshalb England und seinen Bundesgenossen für das, was jetzt geschehen muß, d. h. Gefährdung von Menschenleben die Verantwortung zugeschoben werden. Mit der Raumnot — für den transatlantischen Verkehr steht nur noch etwa die Hälfte des früheren Schiffsraumes zur Verfügung — und dem sich überall fühlbar machenden Personalmangel geht Hand in Hand die Bedeutung des U-Bootkrieges, der zur Existenzfrage für England werden kann, denn das Verhältnis der Verluste zum Gesamtschiffsraum wächst, je mehr dieser abnimmt. Der Ersatzbau von Handelsschiffen scheint bisher infolge der Bedürfnisse der Kriegsmarine und des vorherrschenden Arbeitermangels vernachlässigt worden zu sein. Wenn im Monat April etwa ¼ Million Tonnen Schiffe, unter denen sich eine verhältnismäßig geringe Anzahl neutraler befand, versenkt worden sind, so spricht diese Zahl für sich, denn sie bedeutet rund drei Millionen, d. h. etwa ein Drittel des englischen Schiffsraumes für das Jahr. Ich zweifle nicht daran, daß durch fortgesetzte Erfolge dieser Art der feindliche und neutrale Seemann einfach von der Seefahrt abgeschreckt werden kann, und das wäre für uns die günstigste Lösung, da uns dadurch für die Dauer des Krieges die Herrschaft über die feindlichen Meeresteile gesichert würde. Sollen wir der Ketten britischer Verletzungen des Völkerrechts machtlos gegenüberstehen?

Sollen wir es zugeben, daß unser Volk unter englischer Brutalität leidet? Wir müssen dieses zur Verfügung stehende Waffe ausnutzen. (Lebhafter Beifall.) Wenn unsere Feinde sich der Minen und der Flugzeuge gegen uns zu Wasser und zu Lande als Kampfmittel bedienen, wenn im Osten die größten, nur denkbaren Grausamkeiten begangen sind, und wenn der Vorkämpfer für Humanität und Gerechtigkeit, Herr Wilson, die Durchführung des Krieges einzig und allein durch die Lieferung von Munition an unsere Feinde ermöglicht hat, warum sollen wir nicht diese neueste, für uns erfolgreiche Waffe zur Anwendung bringen, die in bezug auf die Menschlichkeit sicherlich nicht gegen die vorgenannten Maßnahmen zurücksteht? Zielbewußt und energisch müssen wir, wenn irgend möglich, vorgehen, auch wenn die Regierung der Vereinigten Staaten die heiligen und unbestreitbaren Gesetze des internationalen Rechts und die allgemeinanerkannten Gebote der Menschlichkeit für noch so gefährdet erachtet. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Hier muß der Hebel also mit voller Kraft angesetzt werden, besonders da die Waffe in so einsichtsvoller, überlegter und entschlossener Weise von unseren unbergleichlichen U-Boots-Leuten, die Gott in seinen Schutz nehmen möchte, geführt wird. (Erneuter stürmischer Beifall.)

Wenn eine Einschränkung im Gebrauch des U-Bootes als notwendig erachtet wird., so liegen sicherlich schwerwiegende politische und wirtschaftliche Gründe vor, die sich unserer Beurteilung entziehen. Wir fügen uns ihnen, tun es aber in dem Bewußtsein, daß die Marine ein großes Opfer bringt, schweren Herzens, besonders wenn wir berücksichtigen, daß der U-Boot-Krieg bisher mit starker Zurückhaltung von unserer Seite geführt worden ist und daß unseres Wissens die Leistungsfähigkeit der Waffe nach Zahl und Beschaffenheit in dauerndem Erstarken begriffen ist.

Wir wissen, daß wir mit rücksichtslosem Gebrauch der U-Boot-Waffe den Feind in verhältnismäßig kurzer Zeit ins Herz zu treffen in der Lage wären. (Lebhafter Beifall.)

Die Ausschreitungen in München

München, 19. Juni. Ueber die Vorgänge am Marienplatz teilt die Münchener Polizeidirektion heute mit: Die am Samstag abend auf dem Marienplatz vorgekommenen Ausschreitungen sind nach den polizeilichen Ermittelungen ausschließlich das Werk jugendlicher Lärmmacher und haben keinen ernsten Hintergrund. Abgesehen von einigen kleineren Vorfällen lassen sich zwei Gruppen von schweren Ausschreitungen unterscheiden. Gegen 8½ Uhr zog eine Rotte halbwüchsiger Burschen von der Neuhauser Straße aus mit Steinen bewaffnet über den Marienplatz gegen das „Kaffee Rathaus" und warf dorselbst eine Anzahl Fensterscheiben ein. Die Steine hatten sie aus der Neuhauser Straße, wo Verlegungen der Straßenbahngeleise stattfanden, geholt. Gegen ¾11 Uhr zerschlug eine Gruppe 16- bis 18jähriger Burschen die Auslagefenster einer Zigarrenhandlung am Marienplatz und einer benachbarten Bäckereifiliale. Bisher wurden 11 an diesen Ausschreitungen beteiligte Burschen dem Gericht übergeben. Am Sonntag abend wurde eine große Anzahl Jugendlicher, die sich zwecklos in verdächtiger Weise auf dem Marktplatz herumtrieb, in polizeiliche Sicherheitshaft genommen. Bei mehreren von ihnen fand man Steine, Messer und Gummiknüppel.

Lohnbewegung der Kohlenarbeiter von Royant

Bern, 19. Juni. Wie das „Journal" meldet, macht sich unter den Arbeitern des wichtigen Kohlenbezirkes von Royant eine lebhafte Lohnbewegung infolge der steigenden Lebensmittelteuerung und des beträchtlichen Gewinnstandes der Kohlenpreise bemerkbar. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung, ferner Regelung der Arbeitszeit gemäß den gesetzlichen Vorschriften und Mietserlaß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191606202-16/fragment/page=0002

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

Halle, 19. Juni 1916.

Vorsteher: Stadtv.-Vorsteher Justizrat Dr. Keil.

Zwei Anträge auf Aenderung des Ortsstatuts über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe — es handelt sich um Verlegung der Verkaufsstunden auf die Zeit von 11½ bis 1 Uhr mittags — wird dem Rechts- und Verfassungsausschuß, der verstärkt wird durch die Stadtvv. Porges und Beschke, überwiesen. — Ein Schreiben des Frauenschwimmvereins ersucht die Versammlung um Förderung seiner Bestrebungen. Wird zur Kenntnis genommen.

Die Verhandlungen setzen zunächst ein mit der

Fortsetzung der Erörterungen über die Ernährungsfrage

In der letzten Sitzung der Versammlung war hauptsächlich die Anfrage der Stadtv. Gröbel und Genossen: Welche Maßnahmen wird der Magistrat ergreifen, um die Nahrungsmittelversorgung und -Verteilung besser zu organisieren und sicherzustellen? Gegenstand der längeren Ausführungen. Ein in dieser Sitzung eingebrachter Antrag derselben Genossen, der „Einführung der Schulspeisung; Organisierung der Volksspeisung auf breiter Grundlage; Billigere Abgabe der Lebensmittel an die Minderbemittelten; Zusatzmarken für Brot und Butter oder Fett an die Schwerarbeiter in erweitertem Maße; Bessere Fürsorge bei der Lebensmittelzuweisung für die Kostgänger und die Einzelstehenden; Größere Berücksichtigung der Konsumvereine bei der Warenverteilung; Heranziehung der städtischen Güter zur Lieferung von Lebensmitteln, Verkauf des Viehs und Geflügels nur an die Stadt Halle; Mästung von Vieh auf dem städtischen Viehhof" zum Gegenstand hat, erhielt ein Seitenstück durch eine Eingabe des Vereins der fortschrittlichen Volkspartei, die folgenden Inhalt hat:

1. Die bereits in unserer Entschließung vom 1. November 1915 verlangte Einrichtung von Volksspeisehallen in verschiedenen Stadtteilen ist jetzt dringend zu fordern. Es kommen dabei auch fahrbare Küchen in Betracht.
2. Die Verteilung aller Lebensmittel muß nach der Kopfzahl erfolgen. Das allein ist gerecht.
3. Die Fleischvorräte bei Privaten müssen zum Teil wenigstens auf den Fleischbezug angerechnet oder umgetauscht werden.
4. Um dem Andrange an den Fleischerläden, namentlich Sonnabends zu steuern, empfiehlt sich, den Fleischverkauf schon am Freitag frei zu geben.
5. Die Zahl der Butterverkaufsstellen muß enorm vermehrt werden. (In Magdeburg sind 320 solcher Verkaufsstellen!)
6. Ebenso ist es nicht einzusehen, weshalb nur an einer Stelle die Abgabe von Eiern erfolgt.
7. Die Einkommensgrenze von 2700 Mk. bei der Verteilung von Nahrungsmitteln durch die Stadt muß erhöht werden.
8. Eine städtische Schweinemastanstalt und Kaninchenzuchtanstalt ist einzurichten.
9. Die Verstärkung der Teuerungskommission aus den Kreisen der Verbraucher ist notwendig. Man sollte auch Frauen hinzuziehen.
10. Sobald als möglich wieder Brotzusatzmarken, zunächst für die schwer körperlich Arbeitenden und die im Wachstum befindlichen Personen auszugeben.
11. Die Verteilung der Kartoffeln hat in größeren Mengen auch an die Familien mit höherem Einkommen zu erfolgen. Eine Menge von 6 Pfund pro Woche ist, zumal bei dem hohen Abfall, zu wenig. Die Verteilung nach dem Einkommen ist ungerechtfertigt.
12. Einzelstehenden Personen, die nur in halber Verpflegung stehen, müssen Butter- und Fettkarten gegeben werden.

Zunächst nimmt Stadtv. Geheimer Justizrat Professor Dr. Finger das Wort. Ein Fehler sei die Vergleichung. Man vergleiche Deutschland mit einem belagerten Lande. Aus Auge zu fassen sei die Ernährung der gesamten Bevölkerung des Reiches, nicht die einer einzelnen Stadt, eines einzelnen Orts. Anzuerkennen sei das Lob für ein Stadtoberhaupt, wie für den Oberbürgermeister von Halberstadt, weil dort mehr Butter verteilt worden sei, oder für Bayern, weil dort mehr Fleisch zu haben wäre. Die Frage ist nicht eine mathematische Operation. Redner könne deshalb auch nicht der Forderung der fortschrittlichen Volkspartei zustimmen, die eine Verteilung nach der Kopfzahl wünscht. Man wünscht Zusatzmarken auf Brot und Kartoffeln für Schwerarbeiter. Wer ist Schwerarbeiter? Die Kopfarbeit werde von der handarbeitenden Bevölkerung nicht als Schwerarbeit geschätzt. Man glaube gar nicht, was es für eine große Zahl von kranken Menschen in Halle gäbe, die auf Grund ärztlicher Zeugnisse eine Bevorzugung bei der Ernährung glauben beanspruchen zu können. Die Butterfrage! Nach einem der bedeutendsten Ernährungshygieniker Prof. Abderhalden sei die Butter für Erwachsene entbehrlich und gleich der Milch der Kinderernährung vorzubehalten. In der Fleischfrage steht der Redner auf dem Standpunkte, daß die, die in den Gastwirtschaften essen, zu viel Nahrung zu sich nehmen. Doch könne den Gastwirten diese Einnahmequelle nicht verschlossen werden. Auch inbezug auf den Zucker würden die Ansprüche zu hoch gestellt. Die Nahrungsmittel lassen sich nicht vermehren. Kartoffeln wurden mehr genossen, als die Leute, die auf verschiedene Wochen die Kartoffeln voraus entnommen hatten, auf die Woche verteilt, hätten genießen sollen. Sie wurden auch zum Teil verfüttert. Der Ernährungszustand der Kinder in der Stadt hat sich nach den Feststellungen in der Schule gegen früher erheblich gebessert. Eine Kritik der Nahrungsmittelverteilung muß uns willkommen sein. Aber es ist notwendig, daß sie nicht zu einer verärgernder wird. Die Verhältnisse von heute sind geworden durch den Krieg, durch den Neid und die Mißgunst der Engländer. Wir fangen an zu vergessen, daß der Krieg geführt zugunsten der deutschen Arbeiter. König Eduard 7. wollte die Verarmung der deutschen Industrie, des deutschen Handels und damit des deutschen Arbeiters. Wenn man sich das vor Augen hält, dann wird das Durchhalten leichter werden. Wir müssen Opfer bringen für die Zukunft unserer Jugend. Wahrheit, Opfermut und Hingebung werden den Sieg davontragen. (Beifall).

Stadtv. Hennig steht auch wie der Vorredner auf dem Standpunkte, daß man nicht eine negative, sondern eine positive Haltung einnehmen solle. Aber er bedauere es, daß Geheimrat Finger nicht auf die einzelnen Forderungen, wie sie hier gestellt worden seien, eingegangen wäre. Wie seine, des Redners Partei, Weltanschauung auch in Gegensatz stehe zu der Weltanschauung des Vorredners. Die Sozialdemokraten wollten Friedensverhandlungen von Nation zu Nation, von Volk zu Volk. Der jetzige Krieg werde lediglich geführt im Nutzen des Kapitals. Immer wieder werde versichert, wir haben Nahrungsmittel genug. Aber sei es nicht unerhört, daß, obwohl wir im Vorjahre Kartoffeln in erdrückender Fülle hatten, doch nicht genügend Kartoffeln für die Städte vorhanden waren. Sehr gewundert habe den Redner die Verurteilung der Höchstpreispolitik der Reichsregierung durch den Oberbürgermeister, denn die Höchstpreispolitik wäre eine Notwendigkeit gewesen. Immer wieder sei das Bestreben nach Ueberschreitung der Höchstpreise. An der Höchstpreispolitik sei festzuhalten. Die Verteilung aber lasse zu wünschen übrig. Die Reichen könnten sich immer noch helfen, aber die Armen müßten darunter leiden. Die Stadt müsse sich dafür einsetzen, daß die der Bevölkerung zustehenden Lebensmittelmengen auch den Armen zugänglich gemacht werden. Der Kopfverbrauch brauche nicht wie der wirklich Schwerarbeitende die gleich große Menge von Nahrungsmitteln. Warum verkauft man nur an ein, zwei Stellen Eier, während in Magdeburg der Provinzeinkauf es möglich macht, daß dort an vielen Stellen Eier verkauft werden? Auch bei Butter liegen die Dinge ähnlich. Warum hat man noch nicht den Weg der Speisung der Kinder in den Schulen beschritten? Von der Volksspeisung ist auch keine Rede. Der Oberbürgermeister habe in der letzten Sitzung gesagt, die Bureaukratie habe sich als unfähig erwiesen, die Verteilung in der richtigen Weise durchzuführen. Des Redners Partei wolle die Bureaukratie reformieren. Der staatlichen und städtischen Bureaukratie sollten kaufmännische Kräfte zur Seite gestellt werden. Warum schafft man in Halle nicht ein Lebensmittelamt. Die Allgemeinheit soll die Regelung der Ernährung in die Hand nehmen, nicht der Handel, von dem der Oberbürgermeister im Herbst v. J. gesagt habe, er verteuere die Lebensmittel. Jedenfalls solle der Oberbürgermeister auch auf die Reichsstellen einwirken, daß alles getan werde, was den Aermsten der Armen zum Nutzen dienen könne.

Stadtv. Prof. Hoë bemerkt, daß trotz aller Redner in der Versammlung an der Gesamtlage nichts geändert werde. Es seien bei einem so großen Organismus, wie dem im Reiche, Stockungen nicht zu vermeiden. Der Redner geht auf die Einzelforderungen, die Stadtv. Gröbel und Genossen gestellt haben, näher ein. Die Schulspeisung sei wohl wünschenswert, aber wie soll das gemacht werden? Die Volksspeisung für alle sei wohl erwägenswert, sonst gäbe es große Schwierigkeiten. Weiter wünscht er, daß nicht allgemein die Stadt für eine billigere Abgabe der Lebensmittel an die Minderbemittelten, sondern für eine billigere Abgabe der von ihr beschafften Nahrungsmittel für Notleidende sorgen möge. Unberechtigter Anspruch auf den Titel eines Schwerarbeiters ist bei Abgabe von Zusatzmarken abzumeisen. Das Butterzeichen sei etwas übertrieben. Wir Erwachsene brauchten nicht soviel Butter. An Buttermangel sterbe man nicht. Anders wäre es bei Brotmangel. Die Konsumvereine sollten gegenüber dem übrigen Handel nicht bevorzugt werden; es müsse eine gleiche Verteilung erfolgen. Die letzten Forderungen seien theoretischer Natur, aber man könne sie freundlich begrüßen. Es handle sich darum, daß jetzt Beruhigung eintritt. In Magdeburg sei es noch viel schlechter als in Halle. Wenn man immer andere Städte als Musterstädte hervorhebe, dann mache man sich und andern erst recht das Leben schwer. In manchen Beziehungen stehen wir doch viel besser da, als andere Orte. Das müsse auch berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende beantragt, daß die Anträge dem Magistrat zur Erwägung überwiesen werden.

Bürgermeister Dr. Seydel erwidert dem Stadtv. Hennig, daß wir ein Lebensmittelamt haben, die Teuerungsdeputation, die vorzügliche Arbeit leistet. Auch seien in untergeordneten Stellen Kaufleute beschäftigt. Man arbeite auch an weiteren Verbesserungen. Ein Teil der Forderungen der fortschrittlichen Volkspartei werden erfüllt durch die Nahrungsmittelkarte. Es sei auch der Grundsatz verlassen worden, daß eine Einkommensgrenze festgesetzt werde. Künftig würden durch Verbindung von Einkommen und Familienangehörige drei Gruppen gebildet werden. Auch werde der Versuch mit der Volksspeisung gemacht werden, wobei natürlich die Teilnehmer auf die ihnen sonst zustehende Menge Fleisch usw. verzichten müssen. Mit der Butter werde vom 1. Juli ab ein ähnliches Verfahren wie beim Fleische gemacht werden dergestalt, daß die Einwohner an möglichst vielen Stellen in der Stadt ihre Butter erhalten können. Die Kartoffelzufuhren stocken auch bei uns, doch geschieht alles, um das, was wir noch zu erhalten haben, auch erhalten. An der Art des Eierverkaufs sind wir nicht schuldig, das macht der Provinzeinkauf. Wir haben das dringende Ersuchen an den Provinzeinkauf gerichtet, die Großhandlungen zu veranlassen, daß die Eier an möglichst vielen Kleinhandlungen zum Weiterverkauf abgegeben werden. Inbezug auf die billigere Abgabe der Lebensmittel an die Minderbemittelten habe die Armenpflege eingetreten. Die Konsumvereine müßten sich verpflichten, nicht an Ausmärlige zu verkaufen. Eine Mästung von Vieh auf dem städtischen Viehhofe bringe uns kein Stück Vieh mehr zur Schlachtung, denn die Fleischverteilung sei reichsgesetzlich geregelt. Aehnlich liege es mit der Heranziehung der städtischen Güter zur Lieferung von Lebensmitteln. Die Teuerungsdeputation, der man noch mehr Mitglieder wünscht, enthalte alle in Frage kommenden Interessengruppen, insbesondere die der Verbraucher in ausreichendem Maße. Der Redner schließt auch mit der Aufforderung, daß man sich mit Geduld in die Verhältnisse schicken solle. — Stadtv. Osterburg tritt besonders für die Schulspeisung ein, weiter für den Fischfang in der Saale, wozu man die einberufenen Fischer von der Militärbehörde reklamieren möge. Aehnlich liege die Sache mit der Jagd. Die Obstverpachtungen sind hoch getrieben worden, das Geld bekommen die Gemeinden. Die sollten lieber den Obstverkauf selbst übernehmen, damit das Obst billiger abgegeben würde. Ferner sollte man den Urlaubern in Bezug auf ihre Ernährung hier mehr entgegenkommen. Redner beantragt, daß die Anträge dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Stadtv. Geheimrat Dr. Finger erwidert, daß die Urlauber besser behandelt würden und mehr bekämen, als die Zivilbevölkerung, es würden ihnen sogar noch Zigarren gegeben.

Der Osterburgsche Antrag wird abgelehnt, der des Vorstehers auf Ueberweisung an den Magistrat zur Erwägung wird angenommen.

Nachbewilligung für den Bau der Schlosserstraßenschule. Im Voranschlag der Schule Schlosserstraße sind für Anstrich der Heizkörper und Rohrleitungen 910 Mk. und für Anstrich der Fenster 1045 Mk., zusammen 1955 Mk. vorgesehen. Nach den Ausschreibungsergebnissen werden aber 4166 Mk. erfordert, mithin eine Mehrausgabe von rund 2200 Mk. Der Magistrat hat von einer öffentlichen Ausschreibung abgesehen, um die Gewähr zu haben, daß die Arbeiten nur von leistungsfähigen Meistern in erstklassigem Material ausgeführt werden. Er beantragt daher, 2200 Mk. aus dem Schulhausbaufonds nachzubewilligen, was denn auch geschieht. — Berichterstatter Stadtvv. Gradehand und Daniel. — Die Firma Heinrich Westphal und Co. hat die Eisenbetonarbeiten am Schulneubau, Schlosserstraße ausgeführt. Nach Beendigung der Arbeiten berechnet sie nunmehr Selbstkosten über die ihr vertraglich zustehende Summe im Gesamtbetrage von 2441,09 Mk. Die Versammlung bewilligt 660 Mk. aus dem Schulhausbaufonds. — Berichterstatter Stadtvv. Föhring, Gradehand und Daniel.

Nachbewilligung für den Bau eines Reinwasserbehälters. Für den Bau des Reinwasserbehälters auf Pumpwerk I in Beesen waren durch Beschluß der Versammlung vom 25. Ma-

---

(Nachdruck verboten.)

Auf märkischer Erde

35] Roman von Hanns von Zobeltitz

O diese Dämmerungsstunden im Schutz des alten, lieben braunen Plüschvorhangs, auf dem tiefeingesessenen Sofa, wo sie zuerst allein gesessen hatte — und nun mit ihm saß. Eng aneinandergeschmiegt, plaudernd, raunend, flüsternd, Hand in Hand, wo sie träumten, sich Zukunftsschlösser bauten . . .

Eifrig bauten sie jetzt Zukunftsschlösser. Er wußte, daß sie ein armes Mädchen war, arm wie eine märkische Kirchenmaus. Nichts brachte sie ihm als ihre Liebe, ihre große Liebe. Aber dafür hatten ja beide ihre Kunst. Ein Jahr noch, und sie mochte hinaustreten können auf die Bretter, die die Welt bedeuten. Ihre neue Welt! Ihr stand es nun fest, auch sie ging zur Bühne. Der Widerstand der Eltern würde schon zu besiegen sein. Daran zweifelten beide nicht. Zweifel? Es gab für sie überhaupt keine Zweifel: hell, sonnig lag die Zukunft vor ihnen.

Ein Jahr noch! Was war ein Jahr?! Wo jeder Tag, von einem Sehen zum andern, für Helene verrauschte wie ein Augenblick.

In der kleinen Konditorei feierten sie auch ihr Weihnachten miteinander.

Helene hatte nach Rohlbeck kommen sollen. Aber als Wilhelm sich wenige Tage vor dem Fest einfand, um alles zu verabreden, hatte sie ein Tuch um den Hals und klagte. „Nein, bei dieser eisigen Kälte durfte sie ihre Stimme der Gefahr nicht aussetzen. Es ging wirklich nicht, Wilhelm sah das selber ein, auch Tante Oschitz riet ab. Schade . . . die Eltern werden's schmerzlich empfinden. Jawohl . . . aber auch sie werden's einsehen. Und Geld hätte es auch gekostet . . . alles kostete so viel Geld, und Vater hatte erst vor kurzem geschrieben, mit den Kartoffelpreisen sei's jammervoll, „das heißt, liebe Lene, du brauchst dir darüber keine Kopfschmerzen zu machen."

Als Bruder Wilhelm gegangen war, huschte Helene treppauf in ihr Zimmer, lachte wie ein Schulmädchen, das die französische Stunde geschwänzt hat, und kramte ganz unten aus dem Kommodenkasten die kleine Perlenstickerei heraus, an der sie so glücklich heimlich arbeitete, bei jeder Perle einen Wunsch für ihn hineinflechtend, ein „Sei glücklich! Behalt mich lieb!"

Tante Marianne hatte einen großen Weihnachten. Sie bescherte vielen armen Kindern, meist aus dem Osten Berlins, wo dem Pastor Müller jüngst von seiner Gemeinde ein eigenes Kapellchen gebaut worden war.

Aber sie hatte auch Helene nicht vergessen. Unmittelbar neben Harros Aufbau stand ihr Gabentisch. Da lagen die Briefe und kleinen Geschenke aus Rohlbeck und von der Tante ein Pelzmuff und ein Buch mit Goldtitel und Goldschnitt: „Amaranth" war's, von Oskar von Redwitz. Daneben lag noch ein kleines Bändchen: „Neue Gedichte" von Emanuel Geibel. Sie blätterte mit ungeduldiger Hand darin. Auf der ersten Seite stand in Harros steifer Handschrift: „Seiner lieben Cousine . . ." Als sie flüchtig aufsah, ihm einen Dank zuzuwinken, sah sie, daß er seinen Aufbau noch gar nicht beachtet hatte, daß seine Augen nicht von ihr ließen —

Der gute dumme Junge! Wenn er wüßte, wenn er wüßte . . .! Aber es tat ihr doch leid, daß sie so gar nicht an ihn gedacht hatte. An wen hatte sie denn überhaupt gedacht in all den letzten Wochen, als nur an den einen, den einen!

Tante Marianne stand inmitten der Kinder, die scheu und versegen ihre wollenen Nacken und Strümpfe, ihre Pfefferkuchen, Aepfel und Nüsse beschauten. Für jedes hatte Tante Marianne ein gütiges Wort.

Jetzt war es an der Zeit —

Helene huschte hinüber, zu dem großen Weihnachtsbaum, dankte, küßte die Hand: „Ich gehe nur auf ein paar Minuten zu Frau Harriers-Wippern."

„Wie ich schon lügen kann," fand sie selber und freute sich darüber. Lachen hätte sie mögen.

Tante Marianne war vollauf beschäftigt. „Nimm aber den Pelzkragen, Kind!" sagte sie nur zerstreut und hatte schon wieder einen kleinen Blondkopf beim Wickelband ihm zur Probe ein paar feste wollene Ohrenklappen über das Flachshaar.

Jetzt war es an der Zeit. Jede Minute war kostbar, jede Minute ein Weihnachtsgeschenk. Im Nu hatte sie den Mantel um, den Kapotthut auf, eilte die Treppe hinunter.

Da stand Harro im Flur. Gerade vor der Haustür, breitbeinig, mit seinem finstersten Gesicht.

„Du willst fort, Helene? Heut? Jetzt? Am Heiligen Abend?"

„Nur zu Frau Harriers-Wippern."

Das Lügen war nicht so leicht wie vorhin. Der Junge hatte ein paar Augen, die dreinschauten, als wollten sie einen durchbohren.

„Sie hat mich zur Bescherung gebeten. Ich komme gleich zurück, lieber Harro."

„Ich bringe dich —" Er griff schon nach dem Kleiderrahmen an der Wand.

„Nein, das gebe ich nicht zu. Du darfst jetzt nicht von Tante fort."

„Wir kommen ja gleich zurück." Fast höhnisch klangs, wie er das „gleich" betonte.

„Unter keinen Umständen, Harro. Laß nur, ich bitt' dich!"

Der Boden brannte ihr unter den Füßen. Wie nur den dummen, lieben, eifersüchtigen Jungen beruhigen, besänftigen?

„Ich danke dir auch vielmals für das schöne Buch, Harro. Geibels Gedichte hatt' ich mir schon lange gewünscht. Wie gut du das getroffen hast."

Er stand noch immer.

Da kam ihr ein toller Einfall.

Sie packte plötzlich den Kopf des Jungen mit beiden Händen und küßte ihn: „Dank, Harro!" und noch einmal „Dank! Dank!" Küßte ihn auf die zuckenden Lippen. Derb und herzlich. Und dann ließ sie ihn stehen, rannte zur Tür, rannte durch den Vorgarten, jagte die stille, menschenleere Straße entlang. Immer vor sich hin lachend. Ein Küßchen in Ehren . . . da hatte sie einen Glücklichen gemacht, recht zum schönen Weihnachtsfeste. Ein Küßchen in Ehren . . . weiß Gott in Ehren, denn solch Kuß zwischen Vetter und Cousine war ja nicht viel anders als zwischen Geschwistern . . . aber was der Junge für Augen gemacht hatte!

Das Lachen noch auf den Lippen, die Wangen vom schnellen Lauf in der kalten Luft gerötet, so kam sie in die Konditorei, nickte dem alten Fräulein zu, hob den Plüschvorhang — und wäre fast in ein lautes Jubeln ausgebrochen. Denn da stand Fred, hatte eine richtige kleine Weihnachtspyramide vor und zündete die gelben Wachslichterchen an. Gerade nur zwei Spannen hoch war das Gestellchen, streckte seine acht geradlinigen grünen Arme steif von sich, vier größere unten, vier kleinere oben; auf der Spitze aber turnte ein goldenes Engelchen.

Sie flog auf den Geliebten zu, sie flog ihm an den Hals:

„Ach du . . . du . . . das hast du für mich . . .?"

„Selbst auf dem Weihnachtsmarkt vor dem Schloß gekauft und höchsteigenhändig hertransportiert. Gibts etwas Lieberes, Scheußlicheres als solch eine Berliner Pyramide?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191606202-16/fragment/page=0003

1914 120 000 Mk. bewilligt worden. Dieser Betrag hat sich als nicht ausreichend erwiesen. Die erheblichen Mehrkosten setzen sich nach der vorgelegten Zusammenstellung in der Hauptsache aus Mehrleistungen und -Lieferungen zusammen, die durch eine Verstärkung der Sohle und der Wände des Behälters gegen Hochwasser notwendig wurden. Es sind hierauf nicht nur die Ausgaben für die vermehrte Eiseneinlage, sondern auch zum größten Teile die Ueberschreitung bei den Betonarbeiten und bei den Materialien zu berrechnen. Von großem Einfluß waren ferner die bedeutend größeren Massen an Felsen, die bei der Ausschachtung zu beseitigen waren, eine nachträglich als notwendig erkannte Röhrenlegung der Sohle und schließlich die Beseitigung der Folgen der während der Bauzeit dreimal erfolgten Ueberflutung des Geländes durch Hochwasser. Insgesamt werden die Mehrkosten rund 40 000 Mk. betragen. Infolge der sehr verlängerten Bauzeit, verursacht durch die Kriegsfolgen, sind dem Unternehmer an Arbeitslöhnen und Material erhebliche Mehrkosten entstanden, die er nicht voraussehen konnte, da die Verdingung vor Ausbruch des Krieges stattgefunden hatte. Unter diesen Umständen bewilligte die Versammlung nach einem dahingehenden Antrage des Unternehmers eine einmalige Entschädigung in Höhe von 6000 Mk. zu gewähren und weitere 40 000 Mk. aus dem Reservefonds der Wasserwerke. — Berichterstatter Stadtv. Grabehand und Weschke.

Fluchtlinienänderung an der Dessauer Straße. Der für die Dessauer Straße auf der Strecke vom Dessauer Platz bis zur Gleisunterführung der Halle—Halberstädter Eisenbahn festgestellte Fluchtlinienplan sieht eine Straßenbreite von 20 Metern vor. Mit Rücksicht auf die Entwicklung dieser Stadtgegend ist es geboten, dieses Maß von 20 auf 26 Meter zu erhöhen und zwar durch Verbreiterung nach der Seite des Grunebergschen Ackers. Die Verbreiterung ist jetzt um so leichter durchführbar, als auch an der Eisenbahn-Unterführung das Gelände kürzlich von der Stadt erworben worden ist. Die Versammlung stimmt zu. — Berichterstatter Stadtv. Renner.

Einfriedigung eines Grundstücks. Nach § 5 des zwischen der Stadtgemeinde Halle und den Baron von Meltzingschen Eheleuten geschlossenen Vertrages vom 9. August 1913 hat die Stadtgemeinde auf ihre Kosten die durch Anlage der Straße Neuwerk notwendigen Einfriedigungen nebst Treppenanlagen auf dem von Meltzing'schen Grundstück herzustellen. Die Kosten sind veranschlagt auf 10 970 Mk. Durch Gemeindebeschluß sind nur die Mittel für Erwerb des von dem von Meltzingschen Grundstück fluchtlinienplanmäßig zur Straße Neuwerk entfallenden Landes bewilligt worden. Die Versammlung genehmigt die Ausführung der Einfriedigungen und Treppenanlagen nach Maßgabe der vorgelegten Entwürfe und bewilligt die Kosten in Höhe von 10 970 Mk. aus der Anleihe von 1910. Die Kosten gehören zu denjenigen der Freilegung und kommen später von den Anliegern zur Erstattung. — Berichterstatter Stadtv. Schramme und Borges.

Einspruch gegen das Einebnen von Kriegergräbern. Franz Albrecht, Mühlweg 18, erhebt Einspruch gegen das Einebnen der Kriegergräber auf dem Gertraudenfriedhofe. Dieser Einspruch soll nach dem Vortrag des Berichterstatters Stadtv. Schramme durch Ueberlegung zur Tagesordnung erledigt werden, denn nach den Ausführungen des Stadtbaurats Jost ist die endgiltige Gestaltung des Ehrenfriedhofes noch nicht entschieden, den Angehörigen stehe nichts im Wege, die Gräber ihrer Gefallenen zu besuchen und zu pflegen. — Stadtv. Riser ersucht darum, daß die Gräber nicht eingebnet werden. Sein Antrag auf Ueberweisung des Einspruchs zur Berücksichtigung wird angenommen. — Stadtv. Hoe hatte die Ueberweisung zur Erwägung beantragt.

Errichtung eines Jugendheims

Laut Gemeindebeschluß von 1911 ist aus Mitteln der Bethcke-Lehmann-Stiftung ein Jugendheim zu errichten und hierfür ein Kapital von 500 000 Mk. zunächst gesondert zu verwalten. Für das Jugendheim hat die Stiftung mit Zustimmung der städtischen Körperschaften das Grundstück an der Ladenbergstraße erworben. Das Hochbauamt hat für den Neubau einen Vorentwurf ausgearbeitet und eingehend erläutert. Die Versammlung stimmt dem Vorentwurf zu und bewilligt zur Ausarbeitung des Hauptentwurfes 3000 Mk. aus dem Stiftungsvermögen. — Berichterstatter Stadtvv. Schramme und Hoe. — Stadtv. Kühme wünscht, daß Zimmer vorgesehen werden für die Aufnahme von Lehrlingen, deren Angehörige auswärts wohnen. Weiter wünscht er, daß die Jugend wirklich ein Heim findet. — Oberbürgermeister Dr. Rive erwidert, daß die Stiftung nur für Hallenser sei. Also nicht eine Pensionsanstalt für Lehrlinge von auswärts. Alle anderen Zwecke würden erfüllt werden.

Landerwerb zur Merseburger Straße. Der Kaufmann Otto Kühn beabsichtigt, in seinem Grundstück Merseburger Straße Nr. 151 an der Straßenfront einen Auto-Ausstellungsraum einzurichten. Zu diesem Zwecke will er den Vorgarten vor dem südlichen Seitenflügel freilegen. Um hierzu die Genehmigung des Magistrats zu erlangen, ist er bereit, das von dem Grundstück fluchtlinienplanmäßig zur Straße entfallende Land der Stadtgemeinde zu übereignen und zwar den etwa 97 Quadratmeter großen Streifen, der innerhalb der 13 Meter halben Straßenbreite liegt, unentgeltlich — vorbehaltlich der späteren Anrechnung des Wertes auf die zu zahlenden Straßenausbau- und Freilegungskosten und den etwa 32 Meter großen Streifen, der außerhalb der 13 Meter halben Straßenbreite liegt und dessen unentgeltliche Abteilung auf Grund der ortsstatutarischen Bestimmungen nicht gefordert werden kann, zum Preise von 12,50 Mk. für den Quadratmeter. Die Versammlung gibt hierzu ihre Zustimmung und bewilligt die Mittel aus der Anleihe von 1910. — Berichterstatter Stadtvv. Günter und Grabehand.

Wahl eines Mitgliedes in den Hospitalvorstand. Da Herr Somburg während der Dauer seiner militärischen Einberufung an der Teilnahme der Sitzungen behindert ist, wählen die Stadtverordneten für ihn als Ersatzwahl für die Dauer des Krieges den Fabrikanten Schmarsow. — Berichterstatter Stadtv. Föhring.

Wahl eines Mitgliedes für die Kriegsunterstützungskommission. An Stelle des ausgeschiedenen Stadtrats Pfeutsch wird Stadtv. Dr. Scheithauer, in die Kriegsunterstützungskommission gewählt. — Berichterstatter Stadtv. Borchert.

Vermietung Wittekindstraße 12 I. Frau Baurat Rassow ist von dem Mietvertrage, betreffend die Wohnung Wittekindstraße 12 I, zurückgetreten. Da die Rechtslage zweifelhaft ist, empfiehlt es sich nicht, auf Erfüllung zu bestehen. Die Versammlung stimmt zu, daß Ansprüche gegen Frau Rassow aus ihrem Angebot vom 12. April 1916 nicht erhoben, dagegen das nur um 50 Mark geringere Angebot des Kaufmanns A. Grimm vom 30. Mai 1916 auf Mietung der Wohnung angenommen wird. — Berichterstatter Stadtv. Blumentritt.

Einrichtung einer Verwaltungsdeputation für die höheren Knabenschulen. Die Versammlung stimmte zu, daß das Kuratorium für die höheren Knabenschulen aufgehoben und eine Verwaltungsdeputation für das Stadtgymnasium, die städtische Oberrealschule und das städtische Reformrealgymnasium nach § 59 der Städteordnung mit folgenden Bestimmungen eingesetzt wird:

§ 1. Auf Grund des § 59 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 wird für das Stadtgymnasium, die städtische Oberrealschule und das städtische Reformrealgymnasium eine Verwaltungsdeputation gebildet.

§ 2. Die Deputation besteht aus: 3 Mitgliedern des Magistrats, 3 Stadtverordneten, 2 des Erziehungswesens kundigen Bürgern, den Direktoren der städtischen höheren Knabenschulen; im Falle der Verhinderung ist für jeden verhinderten ein anderes des Erziehungswesens kundiger Bürger zu wählen. — Berichterstatter Stadtv. Justizrat Dr. Föhring.

Provinz Sachsen und Umgebung

Der Krieg und die Krieger

i. **Roßla**, 19. Juni. (Fürst Jost-Christian schwer verwundet.) Im hiesigen Schloß traf die Nachricht ein, daß Se. Durchlaucht Fürst Jost-Christian zu Stolberg-Roßla durch einen Bauchschuß schwer verwundet worden ist. Der Fürst hat den Krieg in einem Garde-Regiment mitgemacht, dem er jetzt als Rittmeister angehört.

tzk. **Münchenbernsdorf**, 19. Juni. (Acht Söhne im Felde). In Münchenbernsdorf beging das Nauendorffsche Ehepaar das Fest der goldenen Hochzeit. Zu der Feier waren sämtliche acht Söhne des Ehepaares erschienen, die alle acht jetzt im Felde stehen. Bei einem der Söhne hat der Kaiser Patenstelle vertreten. Der Kaiser hatte auch angeordnet, daß alle acht Söhne für diese Familienfeier Urlaub erhielten.

i. **Roßla**, 19. Juni. (20 Jahre Kyffhäuser-Denkmal.) Am 18. Juni waren zwanzig Jahre seit der Einweihung des Kyffhäuser-Denkmals verstrichen. Durch freiwillige Sammlungen innerhalb der Landeskriegerverbände wurde das Baukapital beschafft. Der vor kurzem verstorbene Bildhauer Professor Bruno Schmitz hat das Denkmal in fünf Jahren erbaut. Gestern vor 20 Jahren konnte das Zeichen deutscher Einigkeit in Gegenwart Sr. Majestät des Kaisers und zahlreicher Bundesfürsten eingeweiht werden. Möge es davon noch in Aeonen Zeugnis ablegen.

tzk. **Frankenhausen**, 19. Juni. (Die Sprache wieder erlangt!). Eine außerordentliche Freude wurde dem in einem hiesigen Lazarett untergebrachten Feldgrauen Paul Klugе aus Hohenmölsen bei Weißenfels zuteil. Er war vor einigen Wochen mit einem Transport Verwundeter und Kranker aus Serbien hier angekommen und hatte infolge schwerer Erkältung und Halsleidens die Sprache fast verloren. Während eines Zeitraumes von etwa 5 Monaten durfte er sich dieses köstlichen Gutes nicht mehr erfreuen; er konnte sich nur noch durch schwache Laute und Gebärden verständlich machen. Auf Zureden eines hier ebenfalls wegen Erkältung inhalierenden Vorgesetzten nahm er durch Einatmen unserer heilkräftigen Sole mit Zusatz an Einzelapparaten dieses gesundheitsfördernde Mittel in Anspruch und nach dem Gebrauch von einigen Einatmungen fing er an, verständliche Laute von sich zu geben und nach weiterem Gebrauch (etwa 10maligem) die frühere Sprache wieder zu erlangen.

Lebens- und Genußmittelfragen

tzk. **Schwarza**, 19. Juni. (Aus der Hamsterkammer). Einem Ehepaar in Schwarza (Saalbahn), das sich hier reichlich mit Fleischvorräten eingedeckt hatte, stahlen Diebe 8 Schinken, 8 Speckseiten, 53 Würste und 120 Eier. Geld und Wertsachen blieben unberührt.

— **Altenburg**, 19. Juni. (Von den Hausschlachtungen.) Die Anordnung, wonach Hausschlachtungen nur in Ausnahmefällen gestattet wurden, ist für das Herzogtum Sachsen-Altenburg wieder aufgehoben worden.

— **Bernburg**, 19. Juni. (Klagen über Backwaren.) Eigenartige Verhältnisse scheinen in unserem Nachbardorfe Plötzkau in den Bäckereien zu herrschen. Der Gemeinderat hat nämlich in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, den Gemeindevorstand zu ersuchen, er möge an zuständiger Stelle eine eingehende Untersuchung der von den Plötzkauer Bäckern zum Verkauf gebrachten Backwaren nach Inhalt und Gewicht beantragen, da aus der Einwohnerschaft zahlreiche Klagen bekannt geworden seien.

Vieh- und andere Märkte

— **Merseburg**, 19. Juni. (Auf dem Ferkelmarkt) am Sonnabend wurde das Paar für 70 bis 100 Mark, je nach Größe, verkauft.

— **Weimar**, 19. Juni. (Schweinemarkt.) Der Preis betrug auf dem letzten Markt 65—85 Mark für das Paar Ferkel.

— **Sangerhausen**, 19. Juni. (Auf dem Schweinemarkt am Sonnabend stellten sich die Preise auf 70—110 Mark für das Paar Ferkel.

— **Schleiz**, 19. Juni. (Jungschweinemarkt.) Die Preise der jungen Schweine stellten sich auf dem letzten Markte je nach Größe und Art auf 70—130 Mark für ein Paar.

Börsen- und Handelsteil

Devisenkurse

Berlin, 19. Juni. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
New-York	5.17½	5.19½
Holland	224¾	225¼
Dänemark	160¾	161¼
Schweden	160¾	161¼
Norwegen	161¼	161¾
Schweiz	102¾	103¼
Oesterreich-Ungarn	69.65	69.75
Rumänien	85¾	86¼
Bulgarien	72	80

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 19. Juni. Die Börse war außerordentlich still. Soweit man nach den noch vereinzelten Umsätzen, die bei der allgemeinen Zurückhaltung zustande kamen, überhaupt die Stimmung beurteilen konnte, wich die anfängliche Unsicherheit einer im Verkaufe allmählich sehr kräftigen Befestigung. Auf dem Anleihemarkte behaupteten deutsche Werte den Kursstand; österreichisch-ungarische Rentenwerten kaum verändert.

Produktenbericht

Berlin, 19. Juni. Bei sehr stillem Verkehr war die Tendenz im Warenverkehr unverändert. Da sich das Wetter anscheinend garnicht bessern will und man auch noch weiter mit der kühlen und regnerischen Witterung rechnen zu müssen glaubt, machte sich wiederum etwas Begehr für Misch- und Kornfutter bemerkbar. Mais und Industriehafer waren besonders gesucht, aber kaum erhältlich. Spelzspreumehl und Heidekraut waren dagegen reichlich angeboten und wurden zu etwas billigeren Preisen umgesetzt. Die Forderungen für Heu sind unverändert. Das an den Markt gelangende Material ist in der Qualität sehr ungleich. Ausländische Kleie und Rüben waren kaum beachtet. Wetter: Bewölkt.

Wiener Börsenstimmungsbild

Wien, 19. Juni. An der Börse übten zwar neuerlich Entlastungsbestrebungen in größerem Umfange eine drückende Wirkung auf die Kurse einzelner Werte, insbesondere Eisen- und Rüstungswerte aus, das Angebot war jedoch keineswegs dringend, so daß bald wieder eine durchaus feste Stimmung platzgriff. Die Kurse blieben weiterhin behauptet, und es fehlte auch nicht an bescheidenen Erholungen. Eine Stütze bot der Umstand, daß sich in Schrankenwerten kein nennenswertes Angebot zeigte.

ig. **In der bekannten Anfechtungsklage gegen die Aktien-Maschinenfabrik Kyffhäuserhütte in Artern** fällte gestern das Oberlandesgericht Naumburg ein Zwischenurteil, wonach die Stimmrechtsversagung der bei einem Notar hinterlegten Aktien die Anfechtung der Generalversammlungsbeschlüsse nicht begründe. Darüber, ob die sonstigen im Klageantrage vorgebrachten Gründe **eine Aufhebung der Beschlüsse rechtfertigen, wird das Oberlandesgericht Naumburg am** 4. Dezember d. Js. weiter verhandeln.

Letzte Telegramme

Handwerks- und Gewerbekammertag

Berlin, 20. Juni. Zu dem heute in Berlin beginnenden Handwerks- und Gewerbekammertage waren bis gestern 300 Delegierte eingetroffen, die 72 Handwerks- und Gewerbekammern vertreten.

*

Wiederholt. Schon in einem Teil der gestrigen Nachmittags-Ausgabe enthalten.)

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 19. Juni 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz

Südlich der belgisch-französischen Grenze bis zur Somme hielt die lebhafte Gefechtstätigkeit an. Ein französischer Handgranatenangriff bei Chavonne (östlich von Vailly) wurde abgewiesen.

Eine deutsche Sprengung auf der Höhe La Fille Morte (Argonnen) hatte guten Erfolg.

Im Maasgebiet lebten die Feuerkämpfe erst gegen Abend merklich auf. Nachts erreichten sie am Toten Mann und westlich davon sowie im Frontabschnitt vom Thiaumont-Walde bis zur Feste Vaux große Heftigkeit. Wie nachträglich gemeldet wird, ist in der Nacht zum 18. Juni im Thiaumont-Walde ein feindlicher Vorstoß abgewiesen worden. Weitere Angriffsversuche wurden gestern durch Feuer vereitelt. In den Kämpfen der letzten beiden Tage sind hier rund 100 Franzosen gefangen genommen. Mehrfache nächtliche Angriffsunternehmungen des Gegners im Fumin-Walde wurden im Handgranatenkampf jedesmal glatt abgeschlagen.

Je ein englischer Doppeldecker ist bei Lens und nördlich von Arras nach Luftkampf abgestürzt. Zwei der Insassen sind tot. Ein französisches Flugzeug wurde westlich der Argonnen abgeschossen. Ein deutsches Fliegergeschwader hat die Bahnhofs- und militärischen Fabrikanlagen von Baccarat und Raon l'Etape angegriffen.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Auf dem nördlichen Teil der Front keine besonderen Ereignisse. Auf die mit Militärtransporten belegte Eisenbahnstrecke Ljachowitschi-Luniniec wurden zahlreiche Bomben abgeworfen.

Bei der Heeresgruppe des Generals von Linsingen wurden am Styr westlich von Kolki und am Stochod in Gegend der Bahn Kowel-Rowno russische Angriffe zum Teil durch erfolgreiche Gegenstöße zurückgeworfen. Nordwestlich von Luck stehen unsere Truppen in für uns günstigem Kampfe, die Gefangenenzahl und die Beute hat sich erhöht. Südwestlich von Luck greifen die Russen in Richtung auf Gorochow an. Bei der Armee des Generals Graf v. Bothmer ist die Lage unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Beileidstelegramme des Kaisers, des Kronprinzen usw.

Berlin, 19. Juni. Der Kaiser hat an die Witwe des dahingeschiedenen Generalobersten v. Moltke folgende Depesche gerichtet:

Ich erhalte soeben die erschütternde Nachricht vom plötzlichen Tode Ihres Gemahls. Wir fehlen die Worte, um meinen Empfindungen dabei voll Ausdruck zu geben. Tief bewegt gedenke ich seiner Erkrankung zu Beginn des Krieges, dessen glänzende Vorbereitung der Inhalt seines rastlosen Wirkens als Chef des Generalstabes der Armee gewesen ist. Das Vaterland wird seine hohen Verdienste nicht vergessen, und ich werde, so lange ich lebe, in dankbarem Gedächtnis behalten, was dieser aufrechte, kluge Mann mit dem goldenen Charakter und dem warmen, treuen Herzen für mich und die Armee war. In aufrichtiger Trauer spreche ich Ihnen und Ihren Kindern meine herzliche Teilnahme aus. Ich weiß, daß ich an ihm einen wahren Freund verloren habe.

Die Beileidsdepesche des Kronprinzen lautet:

Mit aufrichtiger herzlicher Betrübnis höre ich soeben von dem unerwarteten Hinscheiden Ihres, von mir so hoch verehrten Mannes. Stets war er mir ein guter Freund und wohlangetaner Berater. Seien Ew. Exzellenz meiner tiefempfundenen Teilnahme versichert. Dem einstigen lieben Chef werde ich immer ein dankbares, ehrendes Andenken bewahren.

Ferner liefen außerordentlich warm gehaltene Beileidstelegramme von der Kronprinzessin, den Prinzen August Wilhelm und Oskar von Preußen, dem Prinzen Heinrich von Preußen, dem Großherzog und der Großherzogin von Baden, dem Generalfeldmarschall Prinzen Leopold von Bayern, der Herzogin von Sachsen-Meiningen, dem Feldmarschall v. Hindenburg, dem Generalleutnant Ludendorff, General v. Beseler, Generaladjutant v. Plessen, Staatsminister v. Breitenbach, sowie von dem Chef des österreichischen Generalstabes Conrad v. Höhendorf ein. Die Kaiserin ließ ihr tiefstes Beileid durch den Hofmarschall Exzellenz v. Trotha aussprechen. Ferner sprachen der bayrische Kriegsminister namens der bayrischen Armee, der Admiralstab und der spanische Militärattaché ihre Teilnahme aus.

Wetterbericht

vom 19. Juni: Während in ganz Norddeutschland mit Ausnahme der Küstengebiete, wo stellenweise geringe Niederschläge aufgetreten sind, das Wetter trocken blieb, traten im Süden wieder stärkere Regenfälle auf, Karlsruhe meldet 7, Friedrichshafen 13 Millimeter. Die Temperatur ist weiter etwas gestiegen, sie liegt jedoch immer noch im Mittel bis zu 5 Prozent unter den jahreszeitlichen Werten. — Aussichten für Dienstag: Wolkig, kühl, ohne nennenswerte Niederschläge.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Mätzold; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Kongresse und Sport: H. Mielchner; für Feuilleton, Kunst, Wissenschaft und Vermischtes: H. Reißner; für den Anzeigenteil: O. Kreibohm, sämtlich in Halle (Saale).

Alle die Schriftleitung betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich oder an die Geschäftsstelle bzw. den Verlag, sondern lediglich an die „Schriftleitung der Hallescheen Zeitung in Halle (Saale)" zu richten.

Berliner Schriftleitung: O. Sommerburg in Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191606202-16/fragment/page=0004